

RHEINISCHE POST

NIEDERBERGISCHE ZEITUNG

ADVENT

Wir sagen euch an

Der Advent beginnt an diesem Wochenende – Gelegenheit zum Innehalten in dieser turbulenten Zeit. Mit welcher Musik man in Stimmung kommen kann, wo der Weihnachtsbaum besonders beeindruckend leuchtet und warum das Warten eine Erfüllung sein kann.

Stimme des Westens, Nordrhein-Westfalen, Magazin



FOTOS: DPA, C. ISON/DPA, C. SOEDER/DPA



Würdigung einer Ikone

Josephine Baker war Tänzerin, Soldatin und Bürgerrechtlerin. Nun nimmt Frankreich die gebürtige Amerikanerin in seine Ruhmeshalle auf.

Panorama

Wie gefährlich ist B.1.1.529?

Vieles ist noch unklar bei der erstmals im südlichen Afrika aufgetretenen Corona-Variante. Die wichtigsten Fragen und Antworten.

Wirtschaft

Merz verspricht neue CDU

Der Kandidat für den Parteivorsitz will die Union modernisieren und warnt im Interview Impfgegner davor, die Solidarität der Gesellschaft überzustrapazieren.



Politik

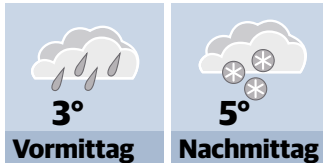
ZITAT

„Keine Ahnung, warum ich das gemacht habe. Total bescheuert.“

Moritz Bleibtreu (50), Schauspieler, über seine frühere Vorliebe für Statussymbole, etwa eine Luxusuhr

WETTER

Zeitweise fällt Regen oder Schneeregen



RP KONTAKT

Leserservice 0211 505-1111, Mo.-Fr. 6.30-16 Uhr, Sa. 6.30-12 Uhr
Anzeigenservice 0211 505-2222, Montag-Freitag 8-18 Uhr
www.rp-online.de/anzeigen

RP-ONLINE.DE

LINKS AUSSEN

Friedrich Engels wird in seiner Heimatstadt Wuppertal als Ampelmännchen verehrt. Er leuchtet aber nicht marxistisch bei Rot, sondern pragmatisch bei Grün, was offiziell verkehrsrechtliche Gründe hat, aber auch besser zur Aufbruchstimmung bei der Ampel passt. Wenn man aber nun die Teilnehmer auf der Verkehrsampel zu denen in der Koalition in Verbindung setzt und das Verhältnis der Beteiligten dialektisch durchdenkt, kommt man zu der Erkenntnis, dass Rot allein erst mal für Stillstand stünde und erst aus der Verbindung mit Grün die Erwartung folgte, dass sich allein unter Grün etwas bewegen könnte. So viel Fortschritt will allerdings erst mal gewagt sein. gw



Virusvariante alarmiert Landesregierung

Ministerpräsident Wüst ist offen für ein Vorziehen der Bund-Länder-Runde. Die Maskenpflicht in der Schule könnte bald zurückkehren.

VON K. BIALDIGA, H. RASCHE, U.-J. RUHNAU UND J. WOLF

DÜSSELDORF Eine neue Virusvariante aus Südafrika und weiter steigende Inzidenzzahlen haben die Corona-Lage am Freitag verschärft. Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU), zurzeit Vorsitzender der Ministerpräsidentenkonferenz, zeigte sich im ZDF dafür offen, die für den 9. Dezember geplante Bund-Länder-Runde vorzuziehen. Am Freitag zeichnete sich jedoch keine gemeinsame Haltung der Ministerpräsidenten ab. Die Corona-Lage werde in Teilen Deutschlands immer dramatischer, sagte Wüst. Es gehe auch um die Krankenhauskapazitäten, die Reduzierung von Kontakten und eine allgemeine Impfpflicht. NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) rief zu erhöhter Vorsicht auf: „Menschen, die vor Kurzem aus Südafrika nach Deutschland eingereist sind, sollten sich zügig testen lassen, so dass Infektionsketten schnell unterbrochen und die Weiterverbreitung gestoppt oder zumindest verlangsamt werden kann.“

Die neue Virusvariante B.1.1.529 ist bereits in Belgien angekommen, aber noch nicht in Deutschland. Die Variante weist ungewöhnlich viele Mutationen auf und versetzt Virologen weltweit in Unruhe. Deutschland und die Europäische Union kündigten an, sich mit Flugverböten und der Einstufung Südafrikas als Virusvariantengebiet zu wappnen. Reiserückkehrer aus Südafri-

ka müssen sich in Deutschland für 14 Tage in Quarantäne begeben, auch wenn sie geimpft sind. Noch ist nicht erwiesen, ob die Variante gefährlicher ist als Delta.

Der geschäftsführende Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) sprach von einer „nationalen Notlage“. Die Lage sei „dramatisch ernst“. Aus SPD-Kreisen war zu hören, dass weitere bundesweite Schritte zur Eindämmung der vierten Welle zeitnah geplant seien. NRW übernimmt ab sofort Corona-Kranke aus Bayern. Hiesige Krankenhäuser sollen planbare Operationen verschieben. NRW hatte noch 362 Intensivbetten mit Beatmungsmöglichkeit für sehr schwere Fälle frei. Die Sieben-Tage-Inzidenz lag landesweit mit 274,2 unter dem Bundesschnitt (438,2).

Angesichts ebenfalls steigender Infektionszahlen in Schulen deu-

tete NRW-Schulministerin Yvonne Gebauer (FDP) die Wiedereinführung der Maskenpflicht am Sitzplatz an. Das Landeskabinett werde am Dienstag über Corona-Maßnahmen beraten. „Dazu würde eine Maskenpflicht gehören“, sagte Gebauer und ergänzte: „Ich habe mich immer sehr stark für den Präsenzunterricht eingesetzt.“

Unmittelbaren Handlungsbedarf sah Laumann am Freitag nicht: „Wir haben gerade neue Schutzmaßnahmen auf den Weg gebracht.“ NRW setze konsequent auf die 2G-Regel. Für Geimpfte bleibe nach wie vor eine möglichst weitgehende Normalität erhalten.

SPD-Oppositionsführer Thomas Kutschaty kritisierte: „Wir dürfen uns nicht immer von neuen Varianten überraschen lassen, sondern müssen die Dynamik des Virus endlich stärker als bisher mit einplanen.“ Die SPD fordere schon seit Langem, dass jeder positive Test automatisch auf neue Varianten überprüft werde. Grünen-Co-Fraktionschefin Verena Schaffer sagte: „Die neue Virusvariante B.1.1.529 bereitet uns Sorge. Sollten sich die Befürchtungen der Expertinnen und Experten bestätigen, würde das die Lage in Deutschland dramatisch verschlechtern, wenn sie sich hier ausbreitet.“ Der Landrat des Kreises Wesel, Ingo Brohl (CDU), fürchtet Ausschreitungen wie in den Niederlanden. Es gehe auch darum, wie sich die Debatte um die Impfpflicht weiterentwickle.

Leitartikel

Grüne beginnen Abstimmung zur Koalition

BERLIN (dpa) Die Urabstimmung der Grünen zum Ampel-Koalitionsvertrag läuft. „Bundesvorstand und Parteirat haben die Urabstimmung nun eingeleitet“, heißt es in einer am Freitag verschickten Mail des Politischen Bundesgeschäftsführers Michael Kellner an die Parteimitglieder. Beteiligen können sich alle 125.000 Grünen-Mitglieder. Die Urabstimmung endet am 6. Dezember um 13 Uhr. Am gleichen Tag soll das Ergebnis bekannt gegeben werden. Die Stimmabgabe erfolgt digital, ersatzweise ist auch ein Votum per Post möglich. Zur Abstimmung steht neben dem Vertrag auch das grüne Personaltableau für die Regierung. Notwendig ist eine einfache Mehrheit. **Leitartikel, Politik**

CDU-Parteitag findet erneut online statt

BERLIN (dpa) Die CDU muss ihren neuen Vorsitzenden wegen der Corona-Lage im Januar erneut bei einem Online-Parteitag wählen. Der Bundesvorstand entschied am Freitag, das eigentlich für den 21./22. Januar in Hannover in Präsenz geplante Treffen der 1001 Delegierten abzusagen. Stattdessen soll es wiedereinen digitalen Parteitag geben. Auch der scheidende Parteivorsitzende Armin Laschet war im Januar 2020 bei einem digitalen Parteitag gewählt worden. Nun bewerben sich um seine Nachfolge der frühere Unionsfraktionsvorsitzende Friedrich Merz, der Außenpolitiker Norbert Röttgen und der geschäftsführende Kanzleramtschef Helge Braun. **Politik**

Osman Kavala bleibt in der Türkei inhaftiert

ISTANBUL (ap) Der seit mehr als vier Jahren in der Türkei inhaftierte Kulturförderer Osman Kavala bleibt im Gefängnis. Ein Strafgericht in Istanbul verlängerte am Freitag die Untersuchungshaft Kavalas, der nie wegen eines Verbrechens verurteilt wurde. Der Fall hatte mit einer Reihe anderer zu einem Zerwürfnis zwischen der Türkei und den USA und der EU geführt, die die Freilassung Kavalas fordern.

Nach der Gerichtsentscheidung könnte der Europarat, der in seinen 47 Mitgliedsländern die Einhaltung der Menschenrechte wahren soll, ein Verfahren gegen die Türkei einleiten. Er hatte im September vor einem solchen Schritt gewarnt, sollte Kavala nicht bis zur nächsten Ministersitzung kommen-

de Woche freikommen. Dann könnten die Mitgliedschaft der Türkei oder ihre Stimmrechte im Europarat ausgesetzt werden.

Die Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfe im Auswärtigen Amt, Bärbel Kofler, sagte, sie bedauere die Entscheidung des Gerichts sehr: „Es geht dabei nicht nur um die Person von Osman Kavala, auch nicht nur um die Türkei, sondern um den Menschenrechtsschutz in Europa insgesamt.“

Dem 64-jährigen Kavala wird vorgeworfen, Proteste im Jahr 2013 mitfinanziert und drei Jahre später an der Planung des Putschversuchs in der Türkei beteiligt gewesen zu sein. Er weist die Vorwürfe zurück. **Politik**